16.

Öffentliche
Sitzung
des
Gemeinderates

der
Stadtgemeinde Freistadt
Oberösterreich

Funktionsperiode 2009-2015

Zeit: Dienstag, 19. März 2013

Ort: Salzhof, Vergeinersaal, Salzgasse 15

Beginn: 18.³⁰ Uhr

Ende: 00.⁴⁰ Uhr

VORSITZ: Bürgermeister Bundesrat Mag. Christian Jachs

ANWESEND:

ÖVP-Fraktion:

KASTLER Franz
KREISCHER Adelheid
HAUNSCHMIED Klaus
KAFKA Maria
HENNERBICHLER Christian MMag.
EDER Ulrich
MIESENBERGER Martina
CHRISTOF Alexander Karl
SIMON Gerd Dipl. Ing.
WEINZINGER Dietmar Ing.
VATER Gerhard
LACKNER-STRAUSS Gabriele LAbg.
DI (FH) HEUMADER Christoph

SPÖ-Fraktion:

HAUNSCHMID Johann
GRATZL Christian
KERNECKER Rupert
ANGER Eduard
WEGLEHNER Thomas Kurt
AFFENZELLER Wolfgang Dipl.Tzt.
PÜHRINGER Helmut
KAPELLER Josef
ATTENEDER Reinhard
POINTNER Angelika

BZÖ-Fraktion:

EICHELBERG Harald

FPÖ-Fraktion:

MAYR Friedrich
KINZ Gerald

GUT-Fraktion:

STÖGLEHNER Oskar
BOROVANSKY Martin Mag.

ENTSCHULDIGT FERNGEBLIEBEN:

BZÖ-Fraktion:

WIDMANN Rainer HR Mag Abg.z.NR

ÖVP-Fraktion:

HUEMER Bernhard
POISSL Clemens
PARUTA-TEUFER Elisabeth Mag.
KOLLER Reinhard HR DI Dr.
HUTTERER Heidelinde
KADA Isabella

GUT-Fraktion:

ELMECKER Klaus DI

ANWESENDE ERSATZMITGLIEDER:

GUT-Fraktion:

SCHAUMBERGER Herbert

ÖVP-Fraktion:

PAMMER Leopoldine
POLZER Michael
SCHUH Andreas
FREUDENTHALER Markus
HORNER Thomas
VIERHAUSER Andreas

BZÖ-Fraktion:

PELZ Andreas

BEFREIT: --

UNENTSCHULDIGT FERNGEBLIEBEN:

STADTAMTSLEITER: KARL WAGNER

SCHRIFTFÜHRER: BRIGITTE HEINZL

Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 340, 341, 342, 343, 344, 345, 353, 354, 355, 366, 367, 368, 39, 370, 371, 372, 375 und 376 standen den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern zur Vorbereitung der Sitzung per Intranet zu Verfügung.

Eine Präsentation am Beamer unterstützt Bürgermeister Jachs beim Vortrag und bei der Erläuterung der Tagesordnungspunkte.

Veränderungen im Gemeinderat:

Bgm. Jachs:

GR Königsecker Matthias hat per 27.2.2013 auf sein Mandat Nr. 18 der ÖVP-Fraktion verzichtet, gleichzeitig auch auf den Verbleib auf der Liste der Ersatzmitglieder. Auf das Mandat Nr. 18 (Königsecker) wurde nach Ablehnen der Berufung der nächst-

gereihten Ersatzmitglieder (Reitbauer Hubert, Mag. Robeischl Michael, Gstöttenmayr Karl und Steininger Hannes) Dipl. Ing. Simon Gerd berufen, welcher die Berufung auf das Mandat angenommen hat.

Änderungen der Tagesordnung:

A. Dringlichkeitsanträge von Vbgm. Kastler:

1. Freistädter Fischereiverein „Goldfisch“; Weiterverpachtung des Pregartenteiches
Begründung:
Der Fischereiverein Goldfisch sucht um Verlängerung des bestehenden Pachtvertrages am Pregartenteich an. Der Verein hat den Fischereilehrpfad entlang des Teiches errichtet und weitere Investitionen getätigt. Um dem Verein Planungssicherheit zu geben, ersucht er um Verlängerung des Pachtvertrages.
Dieser Punkt wurde erst nach Erstellung der Tagesordnung beschlussreif, eine Beschlussfassung im Gemeinderat vom 19.3.2013 ist dazu notwendig.
2. ABA BA 21 – Ergebnis der wasserrechtlichen Verhandlung – Abschluss von zwei Dienstbarkeitsverträgen
Begründung:
Für einen positiven Bescheid ist der Abschluss

eines Dienstbarkeitsvertrages notwendig. Um den Bauzeitplan einzuhalten, muss mit Frau Schüpany und der Braucommune in Freistadt ein Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen werden.
Bei Frau Schüpany handelt es sich um die Errichtung eines Pumpwerkes „Fossenhofstraße“ mit einem Flächenbedarf in der Größenordnung von ca. 12 m².
Bei der Braucommune handelt es sich um die Errichtung von zwei getrennten Rückhaltebecken (Kalvarienberg und Hirschstraße). Dieser Punkt wurde erst nach Erstellung der Tagesordnung durch die Wasserrechtsverhandlung vom 11. März 2013 relevant und eine Beschlussfassung im Gemeinderat am 19.3.2013 ist notwendig.

Einstimmige Beschlüsse (Stimmabgaben: Erheben der Hand)

B. Dringlichkeitsantrag von GR Mayr:

Der Gemeinderat möge folgende Resolution beschließen:

Resolution

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Freistadt fordert die Oö. Landesregierung und die Österreichische Bundesregierung auf, alle rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, sowie bi- und multilaterale Gespräche mit allen Verantwortungsträgern zu führen, um dem Ausbau bestehender Atomkraftwerke

und der Errichtung von Atomrestmülllagern in Tschechien entgegenzuwirken. Der tschechischen Regierung ist klar zu vermitteln, dass solche Schritte seitens der Republik Österreich entsprechend dem Beschluss des Nationalrates vom 13. November 2012 nicht geduldet und strikt abgelehnt werden.

Begründung

Neben dem Ausbau von bestehenden Atomkraftwerken beabsichtigt die

Tschechische Republik, ein Atomrestmülllager zu errichten. Einer der möglichen Standorte ist der Truppenübungsplatz Boletice, welcher nur 18 Kilometer von der oberösterreichischen Grenze entfernt liegt. Als weitere Standorte für ein atomares Restmülllager stehen die Orte Lodherov, Bozejovice, Budisov, Lubenec, Rohoza und Hradiste zur Diskussion. Bereits die in unmittelbarer Nähe zu Oberösterreich befindlichen Atomkraftwerke Temelin und Dukovany sind eine ständige Bedrohung für die Gesundheit der oberösterreichischen Bevölkerung. In beiden Werken wurden erst kürzlich bei Stresstests Sicherheitsmängel

festgestellt. Dass zu diesen gefährlichen Kernkraftwerken auch noch ein oder mehrere Atomrestmülllager errichtet werden sollen, ist nicht zu akzeptieren. Die Belastung für Oberösterreich und seine zukünftigen Generationen mit der riskanten Technologie der Atomkraft muss verhindert werden.

Abstimmung: (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Pro: 16

Stimmenthaltungen: 21 (ÖVP-Fraktion, GR Pühringer)

Antrag mehrheitlich abgelehnt.

C. Anfrage (§ 63 a Oö. GemO) von STR Atteneder betreffend Projekt „Höhenflug“:

Beantwortung müsste nach GemO zu Beginn der Sitzung vor Aufnahme der Tagesordnung erfolgen. Wegen des inhaltlichen Zusammenhangs mit TOP 368 wird die Anfrage im

Rahmen dieses Tagesordnungspunktes aus dem Ausschuss IX behandelt bzw. beantwortet.

Nachwahlen der ÖVP-Fraktion

339

GR Kernecker:

Antrag:

Keine geheime Wahlen mittels Stimmzetteln, sondern offene fraktionelle Wahlen jeweils durch Erheben der Hand für sämtliche nachfolgende Nachwahlen der ÖVP-Fraktion.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Mitglieder und Ersatzmitglieder in Ausschüssen bzw. im

Prüfungsausschuss:

Es liegen folgende gültige Wahlvorschläge auf:

Ausschuss V:

Mitglied: Ing. Weinzinger Dietmar

Ersatzmitglied: Freudenthaler Markus

Ausschuss VI:

Mitglied: Eder Ulrich

Ersatzmitglied: Dipl. Ing. Simon Gerd

Ausschuss VII:

Mitglied: Freudenthaler Markus (anstelle von Steininger Hannes)

Ersatzmitglied: Steininger Hannes (anstelle von Freudenthaler Markus)

Prüfungsausschuss:

Ersatzmitglied: Polzer Michael

Mitglieder und Ersatzmitglieder in Organen außerhalb der Gemeinde:

Es liegen folgende gültige Wahlvorschläge auf:

Reinholdungsverband Freistadt und Umgebung:

Mitglied: Vater Gerhard (anstelle von Huemer Bernhard)

Ersatzmitglied: Eder Ulrich (anstelle von Vater Gerhard)

Regionalverkehr Gusen-Aist-Naarn:

Mitglied: Dipl. Ing. Simon Gerd (anstelle von Huemer Bernhard)

Ergebnis der Wahlen:

Anwesende Wahlberechtigte = gültige Stimmen: 20

Jeweils auf die Kandidaten entfallende Stimmen: 20

Somit sind alle Kandidaten **einstimmig** gewählt und nehmen die Wahl an.

Aus dem Stadtrat

(Berichterstatter: Bürgermeister Mag. Christian Jachs)

**Gewässerpflege Feldaist und Zubringer; Programm 2013/14 –
Übereinkommen und Auftrag an Land Oö, Direktion Umwelt
und Wasserwirtschaft, Gewässerbezirk Linz**

340

Bgm. Jachs:

Bauvolumen: € 30.000,--; Beitrag Gemeinde = 1/3.

Pflege und Optimierung Bockaubach, Instandhaltung Feldaist-Ufermauer, Schnitt und Pflege Uferbepflanzung aller Gewässer, Räumung Sandfang Pregartenteich und Feldaist bei Mühlbrücke, Instandhaltung Tosbecken Feldaist, etc.

Gegenständliches Übereinkommen stand allen Mitgliedern und Ersatzmitglieder des Gemeinderates per Intranet zur Verfügung.

Antrag des Stadtrates:

Abschluss des vorliegenden Übereinkommens und Auftrag an Land Oö, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Gewässerbezirk Linz

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

**Lagerhalle am Bahnhofgelände; Anmietung –
Vertrag mit ÖBB-Infrastruktur AG**

341

Bgm. Jachs:

Kurze Darstellung des Vertrages, der allen Mitgliedern und Ersatzmitglieder per Intranet zur Verfügung stand:

- Vertragspartner: ÖBB-Infrastruktur AG, Wien, vertreten durch ÖBB-Immobilienmanagement Gesellschaft mbH, Wien
- ca. 205 m² Nutzfläche á € 1,00 pro Monat
- Dauer: 1.3.2013 bis 28.2.2018
- Kündigung: zu jedem Monatsletzten mit halbjährlicher Kündigungsfrist

- Kaution: € 738,--

Antrag des Stadtrates:

Abschluss des vorliegenden Vertrages mit der ÖBB-Infrastruktur AG, Wien, vollinhaltliche Kenntnisnahme

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Grundstück 1114/3, EZ 333, Gb 41002 am Thurytal-Eingang; Dienstbarkeit des Nutzungsrechtes für Sicherungs- und Schutz- Maßnahmen für die Nachbarliegenschaft Graben 15

342

Bgm. Jachs:

Kurze Darstellung des Dienstbarkeitsvertrages, der allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern - per Intranet zur Verfügung stand:

- Vertragspartner: Heidinger Markus
- Schadenereignis: Felssturz vom 6./7.1.2013
- primär betroffen: die Liegenschaft Heidinger, Graben 15 – tangiert allerdings teilweise auch das Nachbargrundstück der Gemeinde 1114/3
- Hangsanierung durch Ankerkonstruktion und Stahlseilgeflecht – auch über das Gemeinde-

Teilgrundstück – rechtliche Absicherung per Dienstbarkeit für Heidinger
Dienstbarkeit unentgeltlich, keine Sicherungskosten für Gemeinde, Zaun zur Absturzsicherung durch Heidinger

Antrag des Stadtrates:

Abschluss des vorliegenden Dienstbarkeitsvertrages; vollinhaltliche Kenntnisnahme

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Verkehrsflächen im Bereich des Kreisverkehrs Nord und der Klostergasse; Vereinbarung über Nutzungsrechte und Eigentumsübertragungen

343

Bgm. Jachs:

Kurze Darstellung der Vereinbarung über Nutzungsrechte und Eigentumsübertragungen mit der Scharizer Privatstiftung - der Dienstbarkeitsvertrag stand allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates per Intranet zur Verfügung:

- 1.) ca. 151 m² Grundabtretung ins öffentliche Gut für Gehsteig Fernheizwerk bis Hofer nach Umwidmung des angrenzenden Grundstückes
- 2.) öffentliches Nutzungsrecht für Straße Kreisverkehr bis Klostergasse – Restabschnitt ≥ 50 m noch zu errichten:
 - Dienstbarkeit unbefristet
 - Kündigungsverzicht Scharizer Privatstiftung auf 6 Jahre
 - Rechtsgültigkeit abhängig von der schriftlichen Zustimmung der Lagerhausgenossenschaft
 - zwei im Schloßhof derzeit gemietete Parkplätze unentgeltlich auf zunächst 6 Jahre
 - aushaftender Aufschließungskostenanteil aus der Errichtung des Kreisverkehrs Nord von rd.

€ 19.000,-- mit Einräumung des Nutzungsrechtes getilgt

- Übernahme des Winterdienstes auf der gesamten Nutzungsrechts-Fläche + Winterdienst bei Leerstand entlang des Umwidmungsgrundstückes und entlang der Liegenschaft Prager Straße 5

Antrag des Stadtrates:

Abschluss des Vertrages mit oben angeführtem Inhalt mit der Scharizer Privatstiftung.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Die zu dem Punkt geführte Diskussion macht deutlich, dass die Dienstbarkeit des öffentlichen Nutzungsrechtes für Dispositionen in der Zukunft in vielerlei Hinsicht bedeutend werden kann, wie z.B. für die Verkehrsregelung in der Klostergasse, für den Kinderarten und auch für die in dessen Nachbarschaft bald zu erwartende Wohnanlage, etc.

Parkplatz mit Öffentlichkeitscharakter auf privatem Grundstück an der Vierzehner Straße; Bittleihevertrag

344

Bgm. Jachs:

Kurze Darstellung des Bittleihevertrages, der allen Mitglieder und Ersatzmitgliedern per Intranet zur Verfügung stand:

- Leihgeberin: Kittel Immobilien Verwaltungsges.m.b.H.
- Leihnehmerin: Stadtgemeinde
- unentgeltlich, bis auf jederzeitigen Widerruf
- Stadtgemeinde übernimmt Verkehrs- sicherungs- und Winterdienstpflichten

Antrag des Stadtrates:

Abschluss des vorliegenden Bittleihevertrages mit der Kittel Immobilien Verwaltungsges.m.b.H.; vollinhaltliche Kenntnisnahme

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt; Verlängerung des Bevollmächtigungsvertrages zwischen Land Oö, Stadtgemeinde Freistadt und Verein „Mühlviertler Schlossmuseum Freistadt“

345

Bgm. Jachs:

Kurze Darstellung der 3.

Änderungsvereinbarung, die allen Mitgliedern- und Ersatzmitgliedern per Intranet zur Verfügung stand:

- Verlängerung vom 31.3.2013 bis 31.3.2018 – also um weitere 5 Jahre
- Land Oö verpflichtet sich, die im Rahmen der Betriebsführung anfallenden Kosten an die Stadtgemeinde bis zur Höhe von

€ 145.000,-- zu leisten (bisher ≤ 141.000,--)

Sonst keine Veränderungen der bisher bestandenen Vertragsverhältnisse

Antrag des Stadtrates:

Abschluss der 3. Änderungsvereinbarung zum Bevollmächtigungsvertrages vom 16.10. / 5.12.2000; vollinhaltliche Kenntnisnahme

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Kanal- und Wasserleitungsbauten; Bauabschnitte 21 und 14 (neue Siedlungsgebiete wie Wohnpark Fossenhofstraße, Am Sonnenhang, In der Au, Erweiterung St. Petersiedlung, etc.) – Auftragsvergaben über

a) Ausschreibung und Bauleitung

b) Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Installationsarbeiten

346

Bgm. Jachs:

ad b) Für die Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Installationsarbeiten wurden 8 Angebote abgegeben. Der Zweitbieter liegt bei einem Betrag von € 1.089.000,--.

Anträge des Stadtrates:

a) Vergabe des Auftrages für Ausschreibung und Bauleitung in Höhe von € 53.360,-- inkl. MwSt. an das Büro Lohberger, Thüriedl &

b) Vergabe der Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Installationsarbeiten in Höhe von € 1.038.142,93 exkl. MwSt. an den Bestbieter = Fa. Leyrer & Graf, Linz, vorbehaltlich der Vergabebestimmung des Landes OÖ und für

den Bereich der St. Petersiedlung vorbehaltlich des Zustandekommens von Verträgen über Infrastrukturbeiträge.

Einstimmige Beschlüsse (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Kanalisation, Bauabschnitt 20; Anpassungen von Regenabläufen zur Reduktion der Reinwasserfracht in die Kläranlage im Zuge eines gemeinsamen Projektes mit dem RHV – Auftragsvergaben

347

Bgm. Jachs:

Ziel ist die Reduktion der Reinwasserfracht im Bereich der Kaserne/Spittelstraße (Verlängerung der Drosselstrecke um ca. 150 lfm) und im Bereich des Messegeländes (Trennung der Verbindung zwischen Mischwasserkanal Am Stieranger und Pregartenteichableitung).

Antrag des Stadtrates:

Vergabe folgender Aufträge:

- a) € 15.740,32 exkl. MwSt. an Fa. Holzhaider Bau GmbH für Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten und
- b) € 1.164,69 exkl. MwSt. an Fa. PWL Anlagentechnik, Bad Ischl für maschinelle Ausrüstung und Installation

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Straßenbau 2013; Auftragsvergaben

348

Bgm. Jachs:

Alle Beträge brutto, Skonto berücksichtigt, für folgende Bereiche bzw. Straßen:

- € 9.100,-- Eisengasse, Fahrradstreifen
- € 8.000,-- Instandsetzung Parkplatz Marianum
- € 17.200,-- Bockaustraße Zufahrt „Krücklhäuser“
- € 10.300,-- Parkplatz Jaunitzsiedlung
- € 2.400,-- Parkfläche Taubenstraße
- € 83.600,-- Industriestraße;

Sonderfinanzierung mit Kanal- und Wasser-Ergänzungsgebühren (€ 46.200,--) sowie Verkehrsflächenbeitrag (€ 3.900,--) vom FMZ Braunsberger und Rest aus den budgetären Rücklagen am Kanal- und Wassersektor € 150.000,-- Am Stieranger; normgerechter Straßenbau, nicht nur oberflächlich, weil Kanal

in Ordnung; Finanzierung: € 50.000,-- aus Straßenbaubudget 2013, € 100.000,- aus Sonder-BZ Land Oö.

Antrag des Stadtrates:

1. Auftragsvergabe mit oa. Aufteilung an die Strabag AG, Direktion AE Nord, Linz mit einem Auftragsvolumen in der Höhe von vorläufig € 280.600,-- und
2. Sanierungen am Stifterplatz angrenzend an die Straße Am Stieranger – Auftrag an den Bürgermeister hier situativ abhängig vom sich im Zuge der Bauarbeiten herausstellenden Schadensbild zu entscheiden.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Essen auf Rädern, Anschaffung neuer Zustellfahrzeuge; Regelung und Vereinbarung mit dem Roten Kreuz

349

Bgm. Jachs

erklärt in Kurzform das neue System:
Derzeitige Fahrzeuge sind allesamt schadhaft
bis höchst schadhaft:

Bj. 97, Pickerl bis Juli 2013

Bj. 98, Pickerl bis Oktober 2013

Nicht mehr die Gemeinde kauft und betreibt
die Zustellfahrzeuge, sondern das Rote Kreuz
(Einbezug in die Fahrzeugflotte).

Somit stellt das Rote Kreuz nicht nur das Zu-
stellpersonal, sondern auch die Zustellfahr-
zeuge nach vorab definiertem
Kalkulationsmodell:

- Finanzierungslaufzeit 7 Jahre
- Fahrzeugtypenwahl gemeinsam mit

- Präferenz seitens Gemeinde für E-Fahrzeuge
- Prüfung auch eines möglichen Einsatzes von
Erdgasautos
- Vollkasko bis inkl. 4. Jahr
- monatlich Akontoleistungen mit Jahresab-
rechnung anhand der effektiven Kosten
immer bis Ende Februar des Folgejahres

Antrag des Stadtrates:

**Abschluss der Vereinbarung mit dem Roten
Kreuz über das Bereitstellen der Fahrzeuge
nach oa. vorab definiertem Kalkulationsmodell**

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

Subventionen

350

Bgm Jachs

Das Projekt „Such den roten Schuh“ im
Rahmen der Landesausstellung 2013 von Pro
Freistadt stellt sich mit Gesamtkosten von
€ 31.700,-- und folgender Finanzierung dar:
€ 4.000,-- von Wirtschaftskammer OÖ,
€ 5.000,-- vom Verein EUREGIO Bayerischer
Wald-Böhmerwald,
€ 5.000,-- vom Regionalverein Mühlviertler
Kernland – LEADER,
€ 7.700,-- vom Land Oö, Kultur und
€ 10.000,-- von der Stadtgemeinde

Antrag des Stadtrates:

**Gewähren einer Subvention in Höhe von
€ 10.000,-- für Pro Freistadt für das Projekt
„Such den roten Schuh“ im Rahmen der LA
2013**

Abstimmung: (Stimmabgabe: Erheben der
Hand)

Pro: 36

Contra: 1 (GR Borovansky)

Antrag mehrheitlich angenommen.

Löschen von Wiederkaufsrechten:

a) Liegenschaft Brucknerstraße 6, EZ 1020, Gb 41002

b) Liegenschaften Hessenstraße 4-8, EZ 1470 und

Linzer Straße 14-16, EZ 999, Gb 41002

351

Bgm. Jachs:

ad a)

Gegenstand ist das aufgrund des Kaufver-
trages vom 15.12.1958 einverleibte Wieder-
kaufsrecht zugunsten der Stadtgemeinde
Freistadt. Dieses ist gegenstandslos, weil das
vertraglich geforderte Objekt von Elisabeth

Riegler und Therese Pechböck bereits errichtet
wurde.

Antrag des Stadtrates:

Löschen des oa. Wiederkaufsrechtes

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

ad b)
Liegenschaft Hessenstraße 4-8: Gegenstand ist das aufgrund des Kaufvertrages vom 21.9.1971 einverleibte Wiederkaufsrecht zugunsten der Stadtgemeinde Freistadt bzw. Liegenschaft Linzer Straße 14-16: Gegenstand ist das aufgrund des Kaufvertrages vom

3.7.1958 einverleibte Wiederkaufsrecht zugunsten der Stadtgemeinde Freistadt. Beide

Wiederkaufsrechte sind gegenstandslos, da die vertraglich geforderten Objekte von der BUWOG, Bauen und Wohnen GesmbH, Hietzinger Kai 131 bereits errichtet sind.

Antrag des Stadtrates:
Löschen der oa. Wiederkaufsrechte

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Projekte in der Vorbereitung auf die Landesausstellung 2013; Bericht aus dem Stadtrat aufgrund der Verordnung zur Übertragung des Beschlussrechtes bei den Projektabwicklungen 352

Bgm. Jachs
erinnert an die Übertragungsverordnung vom 26.3.2012 und an den ersten Bericht in der Sitzung des Gemeinderates vom 15.10.2012. Er stellt die weiteren zur Abwicklung der Projekte gefassten Beschlüsse aus den Sitzungen am 3.12.12, 4.2.13 und 4.3.13 dar:

Hauptplatzgestaltung:

- a) Brunnenrestaurierung durch Steinmetzmeister Fraundorfer, St. Martin, € 6.780,--
- b) 8 Stk. Poller zusätzlich, Fa. Innovametall, Linz, € 2.045,--

Gehweg Promenade südwest ab Linzertor bis Pfarrgasse:

- a) Weg in Asphalt in Coproduktion mit dem Land Oö, Straßenmeisterei – Gemeindeanteil 50 %, rd. € 60.000,--

b) Grünanlagen:
€ 25.000,-- brutto an Klaus Hennerbichler GmbH & CoKG, plus € 10.000,-- Bauhof Eigenleistungen

c) Beleuchtung:
LED-Konzept nach Bartenbach; rd. € 26.000,--

Rathausarkade:

Planung und Auftragsvergaben über insgesamt € 155.000,--

Parkplatz Am Stieranger:

Auftrag über Stützmauern entlang Nachbarliegenschaft
€ 15.000,--

Der Bericht wird **einstimmig** zur Kenntnis genommen.

Aus dem Ausschuss I (Finanz- und Budgetangelegenheiten)
(Berichterstatter: Bürgermeister Mag. Christian Jachs)

Rechnungsabschluss 2012 353

Bgm. Jachs:
informiert mittels Power-Point im notwendigen Detail:

Antrag des Ausschusses I:

A) Ordentlicher Haushalt	
Einnahmen	16.254.291,92
Ausgaben	16.254.291,92

B) Außerordentlicher Haushalt

Einnahmen	4.058.184,40
Ausgaben	5.475.776,85
Abgang	- 1.417.592,45

C) Schuldenrechnung

Stand zu Beginn des Jahres	12.258.868,19
Zugang	1.389.159,77
Abgang	953.823,76
Stand Ende	12.694.204,20

Maastricht – Ergebnis - 714.876,44

StR Stöglehner:

selbst hat viele große Projekte mitgetragen und war ständig am Laufenden, wird daher zustimmen, seine Fraktion aber wird differenziert abstimmen

GR Anger:

SPÖ-Fraktion sieht keine Möglichkeit auf Zustimmung; der Schuldenstand ist angewachsen um € 435.000,--, das sind immerhin € 60,-- pro Einwohner; außerdem fehlt seiner Ansicht nach die Erfolgsrechnung der FK GmbH als Bestandteil des Rechnungsabschlusses – zitiert § 92 Abs. 2 Gemeindeordnung

GR Eichelberg:

BZÖ-Fraktion wird nicht zustimmen

Bgm Jachs:

Angers Argumente sind für ihn nicht nachvollziehbar – vgl. Schuldenstand; trotz Wirtschaftskrise ist gut gewirtschaftet worden; die FK GmbH wird nach GmbH-Gesetz auf Basis des Gesellschaftsvertrages geführt, die Bilanzen werden von Steuerberater und Finanzamt geprüft und man steht den Gemeindegremien inklusive Prüfungsausschuss Rede und Antwort; somit sind volle Transparenz und Information gewährleistet;

GR Mayr:

bringt als Obmann des Prüfungsausschusses den zu diesem TOP relevanten Bericht der Sitzung des Prüfungsausschusses vom 27. Februar 2013 zur Kenntnis.

Rechnungsabschluss 2012

Jedes Mitglied des Prüfungsausschusses erhält eine Ausfertigung des Rechnungsabschlusses. Martin Reindl, Leiter der Finanzabteilung, erläutert die einzelnen Abschnitte:

- Ordentlicher Haushalt Einnahmen und Ausgaben
- Außerordentlicher Haushalt Einnahmen und Ausgaben
- Ergebnisse des außerordentlichen Haushaltes nach Vorhaben
- Vermögens- und Schuldenrechnung nach Schuldenarten
- Verwaltungsforderungen
- Wertpapiere und Beteiligungen
- Rücklagen
- Stand an Haftungen
- Nachweis über Leasing
- Personalausgaben
- Maastricht-Ergebnis
- Vergütungen
- Offene Bestellungen

Im ordentlichen Haushalt wurden die Gruppen 8 und 9 und im außerordentlichen Haushalt die Gruppen 2, 8 und 9 auf Grund von Aufstellungen, die von der Finanzabteilung vorgelegt wurden, näher erläutert.

Bericht und Erläuterungen werden vom Prüfungsausschuss zur Kenntnis genommen.

Obmann Mayr stellt den Antrag, den Rechnungsabschluss 2012 nach Prüfung im Sinne der §§ 91 Abs. 2 bzw. § 73 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung 1990 i.d.G.F. zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abstimmung über den Antrag des Ausschusses I und über den Bericht des Prüfungsausschusses (Stimmabgaben: Erheben der Hand)

**ad Bericht Prüfungsausschusses:
Einstimmiger Beschluss**

ad Rechnungsabschluss 2012:

Pro: 24 (ÖVP-Fraktion, FPÖ-Fraktion, StR Stöglehner, GR Schaumberger)

Contra: 13

Antrag mehrheitlich angenommen.

Nachtragsvoranschlag 2012; Bericht der Bezirkshauptmannschaft Freistadt

354

Bgm. Jachs:

verweist auf den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Freistadt vom 2. Jänner 2013, GZ: Gem40-2-2012. Kurze auszugsweise Darstellung des Prüfberichtes:

Ordentlicher Haushalt:

- Ausgeglichenes Ergebnis
- Wichtigste Mehreinnahmen:
- Ertragsanteile 104.400 Euro, Nachverrechnung Citybus 89.000 Euro
 - Kommunalsteuer 49.400 Euro, Altmaterial Abfallbeseitigung 30.000 Euro. Holzerlöse 72.900 Euro

Wichtigste Mehrausgaben / Mindereinnahmen:

- Instandhaltungen Feuerwehr 11.400 Euro, Analyse Straßenbeleuchtung 17.200 Euro

- Höhere Lohnkosten Bauhof 28.200 Euro, Instandhaltungen Hallenbad 13.000 Euro
- Freistädter Kommunalbetriebe 47.000 Euro. Reduktion Einnahmen Kanalbenützungsgebühr 47.200 Euro
- Geringere Gastschulbeiträge Hauptschule 23.500 Euro

Außerordentlicher Haushalt:

- Soll-Abgang 1.202.000 Euro
- Offene Vorhaben
- z. B. Zemannstraße 261.200 Euro, Krabbelstube 28.000 Euro

Antrag des Ausschusses I:

Kenntnisnahme des oa. Prüfberichtes gem. § 99 Oö. GemO 1990

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Voranschlag 2013; Bericht der Bezirkshauptmannschaft Freistadt

355

Bgm. Jachs:

verweist auf den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Freistadt vom 21. Februar 2013, GZ: BHFR-2013-20972/1-Wg. Kurze auszugsweise Darstellung des Prüfberichtes:

Ordentlicher Haushalt

- Ausgeglichenes Ergebnis 16.083.300 Euro
- Instandhaltungen insgesamt 298.700 Euro – im üblichen Rahmen
- Freiwillige Ausgaben in Höhe von 154.000 Euro = 19,67 Euro je Einwohner
- Rücklagen verringern sich von 636.000 auf 419.000 Euro
- Personalaufwendungen 3.090.100 Euro = 21,54 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes
- Müllhaushalt Überschuss von 3.100 Euro (Einnahmen im Budget 766.400 Euro)
- Ausgaben für das Programm der Landesausstellung 74.500 Euro

- Ausgaben für das Feuerwehrwesen – 12,18 Euro pro Einwohner = nahe beim Bezirksdurchschnitt

Außerordentlicher Haushalt

Soll-Abgang 1.161.800 Euro
Ausgaben für das Amtsgebäude 134.600 Euro
Fehlbetrag bei der Fassadenaktion 49.000 Euro
Straßenbau Zemannstraße Abgang von 373.300 Euro
Maastricht-Ergebnis - 170.000 Euro = Budgetspitzen sind in den Jahren 2013 bis 2016 positiv – das heißt die Gemeinde kann Eigenanteile zum Außerordentlichen Haushalt leisten.

Antrag des Ausschusses I:

Kenntnisnahme des oa. Prüfberichtes gem. § 99 Oö. GemO 1990

StR Stöglehner:

würdigt die Kritik zu Budgetspitzen im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Finanzplan. Zu denken geben muss jedenfalls der

Hinweis, dass Projekte, die noch keine Finanzierung haben, nicht ins Investitionsprogramm aufgenommen werden dürften (KIGA-Landesförderung, Fassadenaktion, etc.). Wie denkt man, damit in Zukunft umzugehen bzw. kann man die Kritik der Bezirkshauptmannschaft einfach so stehen lassen?

Bgm. Jachs:

Bei Ausgaben schauen wir, dass sie nicht aus dem Ruder laufen, bei Projekten muss gleich

die Finanzierung klar sein. Bei aller Rücksichtnahme auf die Spielregeln heißt es für die Kommunen aber auch Wachstum zu fördern und das bedeutet für Freistadt speziell auf die Bevölkerungszahl, auf den Wohnbau und auch auf die Betriebe zu schauen.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Wasser- und Abwasservorhaben Innenstadt; Kreditverträge mit der Sparkasse OÖ. – Erhöhen der Kreditsumme

356

Bgm. Jachs:

informiert im Detail:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 15.10.2012 (TOP 295) wurde die Darlehensaufstockung beim Bestbieter der Ausschreibung, der Sparkasse Oberösterreich, mit folgender Aufteilung beschlossen:

- Darlehensvertrag 32107-229176 (Wasserversorgung BA 14): Erhöhung um € 40.000,-- (von € 355.973,03 auf € 395.973,03) und
- Darlehensvertrag 32107-229168 (Abwasserbauvorhaben BA 20) um € 100.000,-- (von € 565.753,35 auf € 665.753,35).

Antrag des Ausschusses I:

Zustimmung zur Darlehenserrhöhung der vorliegenden und vorgelesenen Darlehensverträge 32107-229176 und 32107-229168 wie oa.; Aufschlag der Sparkasse Oberösterreich zum 3-Monats-EURIBOR von 0,95 %; vollinhaltliche Kenntnisnahme

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Darlehensverträge mit der Bank Austria und der Sparkasse OÖ.; Zinssatzerhöhungen auf 0,5 % Aufschlag zum 3-Monats-EURIBOR

357

Bgm. Jachs:

Bei den Darlehensverträgen mit der Bank Austria und der Sparkasse Oö ändern sich aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung und der Zinsgleitklauseln in den Verträgen die Konditionen. U. zw. erhöht sich der Zinssatz um einen Aufschlag von 0,5 Prozent zum 3-Monats-EURIBOR. Bei einer Kündigung oder bei einer Neuausschreibung würde dieser Aufschlag zumindest größer als 1 % sein. Künftig wird bei diesen Darlehen die Zinsentwicklung beobachtet und

gegebenenfalls entsprechend reagiert (Anfrage von GR Kapeller)

Antrag des Ausschusses I:

Akzeptanz des Aufschlages von 0,5 % zum 3-Monats-EURIBOR beim Darlehen der Sparkasse OÖ, Kontonummer 32162-000933 und der Bank Austria, Kontonummer 53761 888 246; vollinhaltliche Kenntnisnahme

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Kindergärten:**a) Lebenshilfe; Förderung****b) Ginzkeystraße; Anpassen des Finanzierungsplanes****358***Bgm. Jachs:*

ad a) die Förderung für die Lebenshilfe in Höhe von € 20.000,-- ist budgetär vorgesehen

Antrag des Ausschusses I:

Gewähren einer einmaligen Förderung in Höhe von € 20.000,--

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

ad b)

Die Gesamtkosten für den Kindergarten in der Ginzkeystraße werden nach Endabrechnung

mit € 854.130,-- festgelegt.

Darstellung des Finanzierungsplanes:

Gesamtkosten: € 854.130,--

Gemeindeanteil: € 284.730,--

(€ 283.000,-- aus Rücklagen und € 1.730,--

Anteilsbetrag o.H.)

Bundeszuschuss: € 57.500,--

Landeszuschuss: € 357.000,--

BZ-Mittel: € 254.900,--

Antrag des Ausschusses I:

Annahme des vorliegenden und vorgelesenen Finanzierungsplanes

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

20.50 Pause für 10 Minuten

Aus dem Ausschuss II (Raumplanung, Bauangelegenheiten, Energie)
(Berichterstatter: Stadtrat Oskar Stöglehner)

Änderung Nr. 2 des Flächenwidmungsplans mit OEK**Änderung Nr. 1 für FMZ Braunsberger und Auflassung des****Bebauungsplanes FB 1; endgültige Beschlussfassung****359***StR Stöglehner:*

Bei der Flächenwidmungsplanänderung geht es darum, das Raumordnungsprogramm des Landes für ein Gebiet für Geschäftsbauten mit mehr als 1.500 m² Gesamtverkaufsfläche auch im Flächenwidmungsplan mit einer Gesamtverkaufsfläche von max. 6.400 m² auszuweisen.

Dagegen wird vom Land Oö kein Einwand erhoben.

Beim Bebauungsplan wird vom Land angeregt, wegen Festlegung eines Radfahrstreifens und der Ausführung von Werbeanlagen den Bebauungsplan abzuändern und nicht aufzulassen.

Auf Grund der Tatsache, dass von der Abteilung Straßenbau mitgeteilt wurde, dass vorerst

keine Möglichkeit besteht, im Bereich entlang des FMZ einen Radfahrweg zu errichten und dadurch, dass die Werbemaßnahmen ohnehin im Flächenwidmungsplan geregelt sind, sind die Ausschussmitglieder der Ansicht, den Bebauungsplan dennoch aufzuheben, weil die Bebauung bereits feststeht.

Antrag des Ausschuss II:

Änderung des Flächenwidmungsplanes auf Gebiet für Geschäftsbauten bis max. 6.400 m² Verkaufsfläche und Auflassung des Bebauungsplanes FB 1.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

**Änderung Nr. 1 des Flächenwidmungsplanes im
Bereich Kreisverkehr Nord; endgültige Beschlussfassung** **360**

StR. Stöglehner:

Von Seiten des Landes wird verlangt, dass vor Genehmigung dieser Änderung ein Finanzierungsübereinkommen bezüglich eines Gehsteigprojektes noch vorzulegen ist – aus raumordnungsfachlicher Sicht spricht nichts gegen diese Änderung.

Antrag des Ausschusses II:

Änderung des Flächenwidmungsplanes auf Gebiet für Geschäftsbauten bis max. 1.000 m² Verkaufsfläche, wobei max. 300 m² für Lebensmittel verwenden werden dürfen.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

**Änderung Flächenwidmungsplan für das Grundstück 458/1
entlang der Reischeckstraße; Grundsatzbeschluss zur
Einleitung des Raumordnungsverfahrens** **361**

StR Stöglehner:

Dem Ausschuss wurde eine Bebauungsstudie vorgelegt, in der das Grundstück sowohl mit Doppelhäusern als auch mit Mehrfamilienwohnhäusern bebaut wird. Nach Ansicht des Ausschusses kann man sich solch eine Bebauung vorstellen. Bei dem Vorschlag ist sicher die größtmögliche Dichte dargestellt, die nur durch die Errichtung von Tiefgaragenstellplätzen funktioniert.

Antrag des Ausschusses II:

Einleitung des Raumordnungsverfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes auf Gst. Nr. 458/1 von Grünland in Bauland Wohngebiet.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

**Neuplanungsgebietsverordnung gem. § 45 Oö BauO
für das Gebiet des sog. Wohnpark Fossenhofstraße** **362**

StR Stöglehner:

Nach dem Vorbild der Neuplanungsgebietsverordnung über die Grundstücke, die von der Gemeinde (Hopfenstraße, Vogelbeerstraße, Holunderstraße) verkauft wurden, sollte, um die geordnete Siedlungsentwicklung zu gewährleisten, ein Bebauungskonzept vorliegen, das als Richtlinie für die Grundstückskäufer und Bauwerber dienen soll.

Antrag des Ausschusses II:

Beschluss der vorliegenden Neuplanungsgebietsverordnung für das Neubaugebiet des sog. Wohnparks Fossenhofstraße

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

Aus dem Ausschuss IV (Integration, Soziales, Senioren, Wohnen)
(Berichterstatter: Stadtrat Klaus Haunschmied)

Essen auf Rädern; Jahresbericht für 2012

363

STR Haunschmied:

stellt den Jahresbericht dar:

Ausgaben: € 115.832,45

Einnahmen: € 117.129,73

Somit resultiert ein Überschuss von € 1.297,28

Der Bericht wird **einstimmig** zur Kenntnis genommen.

Aus dem Ausschuss VI (Schule, Kindergarten, Gesundheit)
(Berichterstatter: Bgm. Christian Jachs)

Schüler-Nachmittagsbetreuung; Indexanpassung der Tarife fürs Schuljahr 2013/14 –Information

364

Bgm. Jachs:

erklärt anhand der nachfolgenden Tabelle die neuen Tarife für die Schüler-Nachmittagsbetreuung, welche mit dem neuen Schuljahr wirksam werden und verweist gleichzeitig auf das Schreiben des Landes Oö, Direktion Bildung und Gesellschaft vom 11.5.2012 betreffend die Indexerhöhung um 3,3 %:

Anpassung Basisbetrag von € 1.300,-- auf € 1.340,--;

daher Einkommen ≤ Basisbetrag = € 17,40

(bisher € 16,80) und

Einkommen > Basisbetrag = siehe nachfolgende Tabelle:

Tagesbetreuung in getrennter Form (Nachmittagsbetreuung)				
		Min	Max	Max. ALT
5 Tage	100%	43,50	114,00	110,00
4 Tage	80%	34,80	91,20	88,00

3 Tage	60%	26,10	68,40	66,00
2 Tage	40%	17,40	45,60	44,00
1 Tag	20%	8,70	22,80	22,00
Kurzbetreuung	60%	26,10	68,40	66,00

Tagesbetreuung in verschränkter Form (MOMO)				
		Min	Max	Max. ALT
5 Tage	100%	26,10	68,40	66,00
4 Tage	80%	20,88	54,72	52,80
3 Tage	60%	15,66	41,04	39,60
2 Tage	40%	10,44	27,36	26,40
1 Tag	20%	5,22	13,68	13,20

Antrag des Ausschusses VI:

Akzeptanz der Anpassungen des Basisbetrages und der Tarife für das Schuljahr 2013/14 wie oben dargestellt

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

**Pfarrcaritas Freistadt; Kindergarten-Abgangsdeckungen 2012
für Bahnhofstraße + Dechanthofplatz, Ginzkeystraße und
Sonnenhaus**

365

Bgm. Jachs:

Folgende Abgänge in folgenden Kindergärten stehen zur Disposition:

€ 160.911,35 für Bahnhofstraße und Dechanthofplatz

€ 63.791,95 für Ginzkeystraße

€ 75.507,57 für Sonnenhaus

Antrag des Ausschusses VI:

Abdecken der angeführten Abgänge für 2012

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

*Aus dem Ausschuss VII (Straßenbau, Verkehr)
(Berichterstatter: Vizebürgermeister: Diplom-Tierarzt Wolfgang Affenzeller)*

Ausdehnen der 30 kmh-Zone; Verordnung

366

Vbgm. Affenzeller:

Antrag des Ausschusses VII:

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Freistadt betreffend die Erlassung einer Zonenbeschränkung in der das Fahren mit einer höheren Geschwindigkeit als 30 Km/h verboten ist. Gemäß § 94 d Ziffer 4 in Verbindung mit § 43 Abs. 1 lit. b Ziffer 1 der StVO 1960 i.d.g.F. wird vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Freistadt verordnet:

§ 1

Im Ortsgebiet von Freistadt wird eine Zone, in der das Fahren mit einer höheren Geschwindigkeit als 30 Km/h verboten ist („Zonenbeschränkung“ gemäß § 52 lit. a Ziffer 11 a und „Ende der Zonenbeschränkung“ gemäß § 52 lit. a Ziffer 11 b StVO 1960 i.d.g.F.) wie folgt bestimmt:

Die Zone umfasst folgende Straßen:

Reischeckstraße, Koldastraße
Fuchsenhofstraße, Missonstraße
Hanriederstraße, Stelzhamerstraße
Goldbacherstraße, Ginzkeystraße

Derfflingerstraße, Hessenstraße
Harruckerstraße, Neuhoferstraße
Kronbergerstraße, Johannisfeldstraße
Ritzbergerstraße, Waldeggstraße
Am Stieranger , Stifterplatz
Am Prägarten , Fleischbauernweg
Bahnhofstraße, Brauhausstraße
Fossenhofstraße ab der Kreuzung mit der Hirschstraße bis zur Einmündung in die Gemeindestraße Am Prägarten,
Baumannstraße
Trölsstraße, Harrerstraße
Werfelstraße, Schützengasse

§ 2

Die Kundmachung dieser Verordnung erfolgt gemäß § 44 StVO 1960 i.d.g.F. durch die Anbringung von Straßenverkehrszeichen und tritt mit deren Anbringung in Kraft.

Die Vorschriftszeichen „Zonenbeschränkung“ gem. § 52 lit. a Ziffer 11a StVO 1960 i.d.g.F., sind jeweils am Beginn der festgelegten Zone im Zuge der Kreuzungspunkte anzubringen. Die Vorschriftszeichen „Ende der Zonenbeschränkung“ gem. § 52lit a Ziffer 11b StVO 1960 i.d.g.F., sind jeweils auf der Rückseite des Vorschriftszeichens „Zonenbeschränkung“ anzubringen.

Die beschriebenen Vorschriftszeichen sind so auszuführen, dass über dem Wort „Zone“ das Vorschriftszeichen „Geschwindigkeitsbeschränkung 30 Km/h“ gemäß § 52 lit. a Ziffer 10a StVO 1960, bzw. „Ende der Geschwindigkeitsbeschränkung 30 Km/h“ gemäß § 52 lit. a Ziffer 10b StVO 1960 i.d.g.F. aufgebracht wird.

§ 3

Die Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Freistadt vom 02.11.1999, wonach für den Großteil dieses Gebietes bereits eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 Km/h erlassen wurde, wird aufgehoben.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

Kreisverkehr B 310 Mühlviertler Straße – Panholzmühle; straßenrechtliche Abwicklung der Grundinanspruchnahmen – Verordnung über öffentliches Gut

367

Vbgm. Affenzeller:

Antrag des Ausschusses VII:

1. Abwicklung nach § 15

Liegenschaftsteilungsgesetz mit folgender Flächenbilanz aus Sicht der Gemeinde und mit folgenden lastenfreien und entschädigungslosen Eigentumsübertragungen in EZ 2067 im Zuge der Errichtung des Kreisverkehrs Panholzmühle:

Wegfall aus dem öffentlichen Gut:

insgesamt 380 m² und zwar im Detail:

- 248 m² an Obereder Johann und Waltraud, Galgenau 2, 4240 Freistadt
- 132 m² an Landesstraßenverwaltung Land Oö, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz

Zuwachs ins öffentliche Gut: insgesamt 1821 m² und zwar im Detail:

- 186 m² von RZO, Gstöttnerhofstraße 12, 4040 Linz
- 369 m² von Traxler Johann und Ingrid, Galgenau 15, 4240 Freistadt
- 89 m² von Landesimmobilien GmbH., Bahnhofplatz 1, 4020 Linz
- 293 m² von Obereder Johann und Waltraud, Galgenau 2, 4240 Freistadt
- 884 m² von Leitner Herbert, Walchshof 6, 4240 Freistadt

2. Erlassen folgender

VERORDNUNG

über die Übernahme von Teilflächen aus verschiedenen Grundstücken im Zuge der Errichtung des Kreisverkehrs B 310 Mühlviertler Straße – Panholzmühle und der Umlegung der Gemeindestraße Trölsberg KG Freistadt sowie deren Widmung für den Gemeingebrauch und Einreihung als öffentliches Gut. Gleichzeitig erfolgt die Auflassung der ursprünglich gewidmeten Fläche.

Gemäß § 11 Abs. 1 und 2 Oö. Straßengesetz 1991 i. d. g. F. in Verbindung mit den §§ 40 Abs. 2 Zl. 4 und 43 Oö. Gemeindeordnung 1990 wird beschlossen:

§ 1

Die Gemeinde übernimmt Teilflächen aus mehreren Parzellen, welche aus dem Vermessungsplan des DI Roland Withalm, GZ 10315/11, KG Freistadt zu ersehen sind, in das öffentliche Gut und gleichzeitig werden Teilflächen aus dem öffentlichen Gut aufgelassen.

Die neu ins öffentliche Gut übernommenen Teilflächen werden dem Gemeingebrauch gewidmet und als Gemeindestraße gemäß § 8 Abs. 2 Zl. 1 Oö. Straßengesetz 1991 eingereiht.

§ 2

Die genaue Lage dieser Straße ist aus dem Vermessungsplan des DI Roland Withalm GZ. 10315/11 im Maßstab 1:500 zu ersehen, welcher zu einem wesentlichen Bestandteil der Verordnung erklärt wird. Dieser Plan kann beim Stadtamt während der Amtsstunden von jedermann eingesehen werden und war auch vor Erlassung dieser Verordnung durch 4 Wochen im Stadtamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

§ 3

Diese Verordnung wird gemäß § 94 Abs. 1 Oö. Gemeindeordnung 1990 zwei Wochen kundgemacht und wird mit den auf dem Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam.

Einstimmige Beschlüsse (Stimmabgaben: Erheben der Hand)

Aus dem Ausschuss IX (Kommunale Einrichtungen, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Wirtschaft, Tourismus, Forst, Landwirtschaft, Jagd)
(Berichterstatte: Vizebürgermeister Franz Kastler)

Projekt Höhenflug:

368

a) Projektpräsentation

Affenzeller Klaus stellt sein Projekt umfassend vor.

b) Mietvertrag über Scheiblingturm

Vbgm. Kastler:

stellt den Mietvertrag, der allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates in vollständiger Fassung per Intranet zur Verfügung stand, kurz dar:

- Vertragspartner: DI Peter Lang, Heiligengeistgasse 20
- Vertragsdauer: unbefristet, Kündigungsverzicht des Vermieters bis 31.12.2028
- Mietzins: € 100,-- jährlich, indexgesichert zuzüglich Betriebskosten
- Einvernehmen mit dem Vermieter vor Beginn der Umbauarbeiten
- keine Kautio

Antrag des Ausschusses IX:

Abschluss des vorliegenden Mietvertrages mit DI Peter Lang

c) Gestattungs- bzw. Nutzungsvereinbarung über Bergfried (aus dem Stadtrat)

Vbgm. Kastler:

stellt die Gestattungs- bzw. Nutzungsvereinbarung, die allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates in vollständiger Fassung per Intranet zur Verfügung stand, kurz dar:

- Vertragspartner: ARE Austrian Real Estate GmbH, Wien, vertreten durch BIG
- Zeitraum: 1.4.13 bis 31.10.13
- Nutzungsentgelt: € 500,-- zuzüglich Ust für oa. Zeitraum
- Bankgarantie/Barkautio in Höhe von € 5.000,-- an ARE

Antrag des Stadtrates:

Abschluss der vorliegenden Gestattungs- bzw. Nutzungsvereinbarung mit ARE Austrian Real Estate GmbH, Wien

d) Betreibervertrag

Vbgl. Kastler:

stellt den Betreibervertrag, der allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates in vollständiger Fassung per Intranet zur Verfügung stand, kurz dar:

- Vertragspartner: derhoehenflug ltd & Co KG, St.-Peter-Straße 14, 4240
- Betreiber übernimmt laufenden Betrieb, laufende Überprüfungen und Wartungen, jährliche Miete für die Flying-Fox vom Bergfried, Marketingmaßnahmen im laufenden Betrieb, Homepage
- Betreiber stimmt Nutzungspakete und Preise mit Gemeinde ab; Erstpreise:
Pamperpole (2,5 Stunden) € 32,70 pro Person (€ 24,90 für Kinder unter 12)
Flying-Fox (2,5 Stunden) € 34,90 pro Person
Große Runde (4 Stunden) € 54,90 pro Person
Große Runde Flying Fox (5 Stunden) € 69,90 pro Person
Schulprogramm (2,5 Stunden) € 19,90 pro Kind bis 12, darüber € 27,90
- Betreiber schließt Haftpflichtversicherung mit Mindestversicherungssumme von € 1,5 Mio. ab
- Gemeinde übernimmt Kautions für Bergfried
- Gemeinde überträgt das Nutzungsrecht für die Sportgeräte exklusiv an den Betreiber (Ausnahme Scheiblingturm)
- Betreiber stellt folgenden Vereinen den Höhenflug zur Verfügung, wobei das eingesetzte Betreuungspersonal des Betreibers von diesen Vereinen zu bezahlen sind (Alpenverein, Naturfreunde, Pfadfinder, Kinderfreunde)
- Kautions in Höhe von € 2.000,--
- Zeitraum: unbestimmte Zeit, Kündigungsverzicht in den ersten 10 Jahren
- detaillierte Kündigungsbestimmungen von beiden Seiten (z.B. wenn der Betreiber keine Führungen mehr anbietet, nicht erreichbar ist, bei vereinbarungs- und widmungswidrigem Gebrauch, ...)

Antrag des Ausschusses IX:
Abschluss des vorliegenden Vertrages mit derhoehenflug ltd & Co KG

StR Atteneder:

verliert seine schriftliche Anfrage vom 19.3.2013 – Projekt „höhenflug“; die Beantwortung ergibt sich aus der nachfolgenden, aus vielen Wortmeldungen bestehenden Diskussion, die der leichten Überschaubarkeit wegen hier kurz zusammengefasst wiedergegeben wird:

- Finanzierung als Leader-Projekt – 50 % Förderung – schriftliche Zusage existiert - einmalige Chance, die Gesamtkosten von € 177.000,-- (80.000,-- Scheiblingturm, 60.000,-- Höhenflugelemente, Rest Projektierung, Marketing, etc.) bewältigen zu können;
- Projekt besteht im Wesentlichen aus Bodenelementen, Niedrigseilelementen, Hochseilelementen und der Flying Fox mit ganz unterschiedlichen Nutzungsbedingungen und auch unterschiedlichen Preisen, die gemeinsam mit den Stationspositionen allesamt vorgestellt werden. Wichtig dabei: freie Nutzung der Boden- und teils auch Niedrigseilelemente, sonst nur in einer von einem Guide geführten Gruppe.
- Klaus Affenzeller, Inhaber des künftigen Betreiberunternehmens ist ausgebildeter Pädagoge mit Sonderausbildung und auch Unternehmensberater, was seine Qualifikation in dem Fall untermauert.
- Öffnungszeiten höchst flexibel, wobei sich Flying Fox auf die Öffnungszeiten des Museums beschränkt; Eignung der Stationen je nach Type ab dem Volksschulalter bis 14. oder 12. inkl. Erziehungsberechtigten für die Flying Fox;
- Verantwortung für Verkehrssicherheit, Wartung, Betriebskosten, etc. liegt einzig und allein beim Betreiber.
- höchst schonende Behandlung des Baumbestandes
- Zielpublikum: Schulklassen, Jugendgruppen, Familien, Seminare, Firmenworkshops, etc.
- Bei wechselseitigem Mindestmaß an Toleranz keine Konflikte zwischen den herkömmlichen Gästen im Park und Nutzern des Parcours zu erwarten; weitestgehend ungestörte Koexistenz erwartbar;
- keine Störung für das traditionelle Kistenklettern oder vergleichbare

- Veranstaltungen im Stadtgraben; Affenzeller sagt Sonderkonditionen für Vereine artverwandter Orientierung zu;
- mit dem Denkmalamt ist man in guten Gesprächen
 - Wird das Betreiberunternehmen insolvent, hat die Gemeinde klarerweise die Möglichkeit, einen neuen Betreiber zu suchen, was wiederum bedeutet, dass die Investitionen nicht verloren wären.
 - Sowohl Tourismus als auch Gastronomie werden profitieren.

Trotz der überwiegend positiven Aspekte werden nicht alle Zweifel zerstreut und bleiben da oder dort Bedenken gegen das Projekt.

ad b), c) und d) Abstimmung: (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Pro: 25 (ÖVP-Fraktion, StR Stöglehner, GR Mag. Borovansky, GR Weglehner, GR Kapeller, GR Mayr)

Contra: 5 (Vbgm. Affenzeller, StR Gratzl, StR Atteneder, GR Kernecker, GR Haunschmid)

Stimmhaltungen: 7

Anträge mehrheitlich angenommen

Sanierung Quellgebiet Rauchenödt; Bauprogramm 2013 – Auftragsvergaben

369

Vbgm. Kastler:

Benötigt werden 550 lfm Rohre mit einem Außendurchmesser von 14 cm und 1.500 lfm mit Außendurchmesser 9 cm, sowie Muffen und weiteres Zubehör. Zusätzlich sind Bauhofleistungen von ca. € 10.000,-- und 80 Baggerstunden dafür veranschlagt.

Antrag des Ausschusses IX:

Auftragsvergabe an den Bestbieter Fa. Geotrade Handels-GmbH in Höhe von € 11.342,50

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Marktrecht, Marktordnung, Markttarifordnung; Änderungen

370

Vbgm. Kastler:

Anträge des Ausschusses IX:

a) Verordnung über das Marktrecht:

mit welcher bestehende Marktrechte (Privilegium vom 5. Dezember 1792 und des Erlasses der Landeshauptmannschaft Oberdonau vom 27. Jänner 1939, C/6, Zahl 148/2-1939) abgeändert werden.

Auf Grund der §§ 286 Abs.1 und 289 der Gewerbeordnung 1994, BGBl.194 i.d.g.F. in Verbindung mit §§ 40 Abs.2 Z.6 und 43 Abs.1 der OÖ. Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr.91 i.d.g.F wird verordnet:

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Verordnung bestimmt die Abänderung nachstehender in der Stadtgemeinde Freistadt stattfindender Märkte:

- a) Wochenmärkte
- b) Genussmarkt
- c) Paulimarkt, Josefimarkt, Pfingstmarkt, Michaelimarkt und Katharinimarkt

§ 2
Neufestlegung der Marktzeiten

Die Märkte werden wie folgt geändert:

- a) Der Name des Marktes am Freitag wird von Frischemarkt auf Genussmarkt geändert.
- b) Wochenmärkte finden jeden Samstag statt.

- c) Der Wochenmarkt am Dienstag sowie der Paulimarkt, Josefimarkt, Pfingstmarkt, Michaelimarkt und Katharinimarkt wird aufgelassen.

§ 3
Inkrafttreten

Die vorstehende Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

b) Verordnung zur Regelung der Marktordnung:

Auf Grund des § 293 Abs. 1 und 2 sowie § 337 der Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194 i.d.F. BGBl. I Nr. 63/1997 in Verbindung mit § 40 Abs. 2 Ziffer 6 und 43 Abs. 1. der Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1
Anwendungsbereich

Diese Marktordnung regelt den Marktverkehr folgender Märkte:

- a) Wochenmärkte
- b) Genussmarkt

§ 2
Marktplatz

Die unter § 1 lit. a) und b) genannten Märkte findet auf dem Hauptplatz im Mittelbereich und auf der verkehrsfreien Fläche vor den Häusern Hauptplatz Nr. 1 und 2 der Stadt Freistadt, Grundstück Nr. 1476/2, statt.

Für den Fall, dass der Abhaltung eines Marktes an obigem Ort allgemeine öffentliche Interessen entgegenstehen oder die Durchführung infolge von Baumaßnahmen nicht möglich ist, kann vorübergehend ein anderer Platz als Marktplatz bestimmt werden.

Auf dem Marktplatz dürfen von den Marktbesuchern keine standfesten Bauten errichtet werden.

§ 3

Markttag und Marktzeiten

Der Markt nach § 1 lit. a) findet nur an Samstagen statt. Der Markt nach § 1 lit b) findet nur an Freitagen statt.

Der Markt beginnt jeweils um 7.30 Uhr früh und endet bei den unter § 1 lit. b) angeführten Märkten um 18.00 Uhr und bei den unter § 1 lit. a) angeführten Märkten um 12.00 Uhr.

§ 4
Gegenstände des Marktverkehrs

1. Gegenstände des Marktverkehrs sind bei Märkten

Lebensmittel, rohe Naturprodukte, Fisch, Geflügel, Brot, Feingebäck, Konditoreiwaren, Obst, Gemüse, Blumen, Speisen, Säfte, Getränke, Alkoholika, Gesundheitsprodukte, Produkte der Land- und Forstwirtschaft, Annahme von Schuhreparaturen, Schlüsseldienst, Schärfdienst, alle im freien Verkehr gestatteten Waren, ausgenommen Waffen, Munition, Kriegsspielzeug, Sprengmittel, Feuerwerkskörper, Sexartikel, Aufstellen von Spielautomaten, Verkauf von Waren im Glückspiel etc.

2. Der Ausschank alkoholischer Getränke und die Verabreichung von warmen

3. Speisen ist vom Marktverkehr mit Ausnahme von § 1 lit. b) ausgenommen.

§ 5

Feilbieten im Umherziehen

Zu Marktzeiten gemäß § 3 ist auf dem gesamten Hauptplatz von Freistadt das Feilbieten von Waren im Umherziehen von Haus zu Haus oder im Umherziehen auf dem Marktplatz selbst untersagt.

§ 6

Vormerkung für die Vergabe von Standplätzen

Die Marktbeschicker haben sich für die Vergabe eines Marktplatzes bei der Gemeinde vormerken zu lassen. Die Vormerkung erfolgt nach Maßgabe des Markt- und Produktangebotes, der vorhandenen Marktplatzkapazitäten und des Einlangens des Anbringens.

§ 7

Vergabe der Marktplätze

1. Die Vergabe der Marktplätze und Markteinrichtungen erfolgt durch die Gemeinde im Wege eines Vertrages.
2. Die gänzliche oder teilweise Weitergabe eines Marktplatzes an andere Marktbesucher ist nicht zulässig.

§ 8

Untersagung der weiteren Ausübung der Markttätigkeit

Aus wichtigen Gründen kann die weitere Ausübung der Markttätigkeit von der Gemeinde (den Marktaufsichtsorganen) untersagt werden.

Als wichtige Gründe gelten insbesondere:

- a) wiederholte Verstöße gegen die Marktordnung,
- b) nicht fristgerechte Bezahlung des privatrechtlichen Entgelts bzw. der Marktgebühren,
- c) eigenmächtige Überlassung des zugewiesenen Standplatzes an einen anderen Marktbesucher,

- d) Nichtbefolgung einer Weisung der Marktaufsichtsorgane,

- e) Überschreitung der zugewiesenen Standplatzfläche,
- f) eigenmächtiges Benützen von leerstehenden Plätzen,
- g) Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung beim Marktbesucher

§ 9

Marktbetrieb

1. Waren, deren Verkauf an eine Gewerbeberechtigung gebunden ist, dürfen nur von Gewerbetreibenden mit einer diesbezüglichen Gewerbeberechtigung angeboten oder verkauft werden. Die Gewerbetreibenden haben den Original-Gewerbeschein bzw. die Verständigung über die Eintragung im Gewerberegister im Original und einen amtl. Lichtbildausweis stets mitzuführen und auf Verlangen befugter Organe vorzuweisen.
2. Soweit Mitarbeiter beschäftigt werden, haben die gewerblichen Marktbesucher jeweils eine Kopie der Anmeldung zur Gebietskrankenkasse mitzuführen und auf Verlangen eines befugten Organs ebenfalls vorzuweisen. Die Mitarbeiter haben sich dabei jedenfalls auszuweisen.
3. Die Standplätze dürfen frühestens zwei Stunden vor Beginn der Marktzeit (§ 3) bezogen werden. Nach Ende der Marktzeit sind die Standplätze binnen einer Stunde zu räumen und zu reinigen.
4. Wird ein vorgemerkerter und zugewiesener Standplatz nicht spätestens eine halbe Stunde nach Marktbeginn bezogen, so erlischt die Vormerkung und der Standplatz kann einem anderen Bewerber zugewiesen werden.
5. Jede Verunreinigung der Marktgegenstände, ihrer unmittelbaren Umgebung und des ganzen Marktplatzes

6. ist zu unterlassen. Jeder Standinhaber hat für die Reinlichkeit in der halben Breite der an seinen Stand angrenzenden Verkehrswege zu sorgen.
7. An jedem Verkaufsstand sind Vor- und Zunahme und ständige Wohnanschrift des Marktbeziehers bzw. der Standort des Gewerbes ersichtlich zu machen.
8. Die Stadtgemeinde Freistadt ist berechtigt, Verträge von Marktbeschickern, die gegen §§ 8 und 9 der Marktordnung verstoßen, in Hinkunft abzulehnen.
9. Auf dem Markt hat sich jedermann so zu verhalten, dass die Ruhe und Ordnung nicht gestört werden. Insbesondere ist es verboten:
- a) überlaut oder aufdringlich oder über Mikrofon bzw. Verstärkeranlagen die Waren anzubieten oder in schwebende Verkaufsverhandlungen durch Über- oder Unterbieten einzugreifen;
 - b) unverhältnismäßig laut zu musizieren oder lärmende Musikautomaten, Lautsprecher udgl. in Betrieb zu halten;
 - c) außerhalb des Standplatzes Kisten, Körbe oder andere Gegenstände unbefugt aufzuhängen;
 - d) Die Standplätze oder Markteinrichtungen widmungswidrig zu verwenden, zu beschädigen, eigenhändig zu erweitern oder an Dritte weiterzugeben.
 - e) Reklamematerial zu verteilen.
 - f) Kunden durch Ansprechen oder aufdringliche Gesten außerhalb des Standplatzes zu werben (Kundenfang).
10. Auf dem Marktplatz ist das Abstellen von Fahrzeugen jeder Art, soweit es sich hierbei nicht um die Verkaufseinrichtung handelt, verboten. Bei Ladetätigkeiten ist darauf zu achten, dass der Verkehr auf der Fahrbahn rund um den Marktplatz nicht behindert wird.
11. Außerhalb des zugewiesenen Marktplatzes ist das Abstellen jeglicher Emballagen, Transporthilfen und dergleichen untersagt.
12. Die Verkaufseinrichtungen müssen so beschaffen sein, dass sich die Dachunterkante 2.20 m über dem Boden befindet und im Allgemeinen keine Gefährdung Dritter hervorgerufen wird. Verkaufseinrichtungen, die über Nacht aufgestellt bleiben, sind gegen Sturm abzusichern. Für Schäden ist der Marktbesucher in allen Fällen haftbar.
13. Bei Märkten nach § 1 lit. b) hat der Marktbeschicker die einheitliche Kennzeichnung "Freistädter Genussmarkt" zu verwenden.

§ 10 Aufsichtsorgane

1. Als Marktaufichtsorgane fungieren die vom Bürgermeister bestimmten Bediensteten der Stadtgemeinde Freistadt.
2. Den Marktaufichtsorganen obliegt es insbesondere:
 - a) Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf den Märkten zu treffen
 - b) Verstöße gegen die Marktordnung sowie gegen sonstige, beim Marktverkehr zu beachtende Vorschriften (Gewerbeordnung, Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, Naturschutzgesetz, Maß- und Eichgesetz, Tierschutzgesetz usw.) den zuständigen Behörden anzuzeigen
 - c) Streitigkeiten tunlichst beizulegen
3. Die Marktbesucher sind den Aufsichtsorganen gegenüber zur Ausweisleistung hinsichtlich einer allenfalls erforderlichen Gewerbeberechtigung und hinsichtlich ihrer Identität verpflichtet.

§ 11 Kostenbeiträge

Für die Benützung der Markteinrichtungen sind von den Marktbesuchern privatrechtliche Entgelte zu entrichten, die in einer eigenen Marktтарifordnung festgelegt sind.

§ 12 Strafbestimmungen

Übertretungen von Bestimmungen dieser Marktordnung werden, soweit es sich um Maßnahmen in Durchführung der

Gewerbeordnung handelt, nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung bestraft.

§ 13 Inkrafttreten

1. Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Monatsersten in Kraft.
2. Mit dem Inkrafttreten dieser Marktordnung tritt gleichzeitig die bisherige Marktordnung vom 18. Dezember 2006 außer Kraft.

c) Verordnung über die Marktтарifordnung:

I.

Als Vergütung für den überlassenen Markt- platz, dessen Reinigung, die Überwachung des Marktbetriebes, die Müllabfuhr und für an- dere mit der Abhaltung der Märkte verbunde- nen Auslagen sind von den Marktbesuchern privatrechtliche Entgelte als Marktgebühren an die Stadtgemeinde Freistadt zu leisten.

II.

(1) Die privaten Entgelte betragen

- a) für Märkte nach § 2 Ziffer 1, lit. a und b der Marktordnung der Stadtgemeinde Freistadt vom 19. März 2013

- aa) bis drei Laufmeter Marktplatz: 4,-- Euro
- bb) bis sechs Laufmeter Marktplatz: 7,-- Euro

cc) bis neun Laufmeter Marktplatz: 9,-- Euro

dd) bis zwölf Laufmeter Markt- platz: 12,-- Euro

ee) bis sechzehn Laufmeter Markt- platz: 15,-- Euro

- (2) Die privatrechtlichen Entgelte gelten für Verkaufseinrichtungen bis zu einer Marktstandstiefe von drei Meter. Bei einer Marktstandstiefe von mehr als drei Meter beträgt der Aufschlag 50 % des Entgeltes.

- (3) Die privatrechtlichen Entgelte sind bei allen Märkten zu Marktbeginn fällig und werden durch die vom Bürgermeister ermächtigten Personen eingehoben bzw. vorgeschrieben.

III.

Diese Marktтарifordnung tritt mit 15. April 2013 in Kraft.

Einstimmige Beschlüsse (Stimmabgaben: Erheben der Hand)

Tourismusabgabenverordnung; Anpassen aufgrund von Änderungen im Tourismusabgabengesetz

371

Vbgrm. Kastler:

Antrag des Ausschusses IX:

VERORDNUNG

über die Einhebung einer Tourismusabgabe (Tourismusabgabeordnung)

Auf Grund der §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 3 Abs. 2, 4 Abs. 1 und 6 Abs. 2 des Oö. Tourismusabgabe-Gesetzes 1991, LGBl. Nr. 53 / 1991, zuletzt geändert durch das Landesgesetz LGBl. Nr. 117/2012, hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 19. März 2013 nachstehende Verordnung beschlossen:

§ 1 Abgabenerhebung

(1) Zur Deckung des Aufwandes für die Tourismusförderung erhebt die Stadtgemeinde eine Tourismusabgabe von allen Personen, die in der Gemeinde nicht den Hauptwohnsitz haben und in einer der nachstehenden Unterkünftige nächtigen:

1. in einer Gästeunterkunft (§ 1 Z. 4 Oö. Tourismus-Gesetz 1990),
2. in einer Ferienwohnung (§ 2 Abs. 4 Oö. Tourismusabgabe-Gesetz 1990).

§ 2 Höhe der Tourismusabgabe

(1) Die Tourismusabgabe wird wie folgt festgelegt:
für Personen ab dem 15. Lebensjahr mit 0,75 Euro.
(2) Die Höhe der Pauschale für Nächtigungen in einer Ferienwohnung beträgt
a) für Wohnungen (Wohnräume) bis zu 50 m² Nutzfläche sowie für Dauercamper das 60fache,

b) für Wohnungen über 50 m² Nutzfläche das 90fache
der für Personen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr festgesetzten Abgabe.

§ 3 Fälligkeit

(1) Die Abgabe für Nächtigungen in einer Gästeunterkunft wird mit der letzten abgabepflichtigen Nächtigung fällig.

(2) Als Fälligkeit der von der Unterkunftgebern bzw. Unterkunftgeberinnen an die Stadtgemeinde abzuführende Tourismusabgabe wird der 15. des auf die Einhebung folgenden Monats festgelegt.

(3) Die Abgabenschuld für Ferienwohnungen entsteht jeweils mit 1. Dezember für das jeweilige Kalenderjahr. Wird eine Ferienwohnung vor diesem Zeitpunkt aufgegeben, entsteht der Abgabensanspruch mit dem Tag der Aufgabe, gleichzeitig wird die Abgabenschuld fällig.

§ 4 Abgabenerklärung

(1) Die Unterkunftgeberinnen und Unterkunftgeber haben an Stelle der Übermittlung der Daten der Gästebücher bei der Stadtgemeinde pro Kalendermonat eine Abgabenerklärung einzureichen. In dieser sind die Anzahl der beherbergten Personen, die Anzahl der Nächtigungen abgabepflichtiger Personen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr sowie die Anzahl der Nächtigungen abgabebefreiter Personen und die sich daraus ergebenden Abgabebeträge anzuführen.

(2) Die Abgabenerklärungen sind der Stadtgemeinde jeweils bis zum 10. des auf die Einhebung folgenden Monats zu übermitteln.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist von 2 Wochen folgenden Tag in Kraft.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Wirtschaftsförderungen 2012; Bericht

372

Vbgm. Kastler:

informiert über die Förderungen im Jahr 2012 im Gesamtbetrag von € 32.604,27, die sich wie folgt aufteilen:

- Kommunalsteuerförderung (50 % der Kommunalsteuer neue Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer; insgesamt 27 Unternehmen) € 22.791,67

- Förderung der Betriebsgründung (3-2-1 Mietförderung) € 9.812,60

Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Aus dem Prüfungsausschuss
(Berichterstatte: *Obmann GR Friedrich Mayr*)

Bericht über die 16. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 27. Februar 2013

373

GR Mayr:

berichtet über die 16. Sitzung am 27. Februar 2013.

Die Sitzung wird um 18:30 Uhr durch den Obmann Friedrich Mayr eröffnet. Das Protokoll der letzten Sitzung liegt auf.

1. Kassenprüfung:

Die Finanzabteilung legt die Hauptkasse vor. Laut Kassabuch beträgt der Barbestand € 1.086,33. Dieser Stand stimmt mit dem tatsächlichen Bestand überein.

Der Prüfungsausschuss nimmt die Kassenprüfung einstimmig zur Kenntnis.

2. Gebarungsprüfung 1. Quartal 2013:

Tagesbericht Nr. 20 v. 27.02.2013	Soll €	Ist €
Bestand Ordentlicher Haushalt	126.716,33	65.663,36
Bestand Außerordentlicher Haushalt	95.372,45	-88.157,99
Bestand Durchlaufende Gebarung	0,00	59.738,09
Gesamtbestand 2013	222.088,78	37.243,46
Kassen-Istbestand 2012		-620.282,85
Gesamtbestand		-583.039,39

Die einzelnen Summen der Zahlungswege stimmen mit den Bankauszügen und dem Gesamtbestand überein.

Der Prüfungsausschuss nimmt die Gebarungsprüfung einstimmig zur Kenntnis.

3. Ampel beim Brauhaus (Kosten der Stadtgemeinde, Darstellung, Beratung u. Vorgangsweise der Gemeinde):

Die Gesamtkosten der Stadtgemeinde betragen für die Abbiegespur € 16.483,78 und für die Verkehrslichtsignalanlage € 57.220,72

Dieses Projekt wurde im Rahmen des Landesausstellungsbegleitprogrammes vom Land OÖ. mit Schreiben vom 28. November 2011 genehmigt und ein entsprechender Finanzierungsplan am 12. Dezember 2011 vom Gemeinderat beschlossen.

Der Prüfungsausschuss nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

4. Hauptplatz-Eröffnung (mit allen Belegen):

Gesamtausgaben FKG	46.667,25
Verpflegung (Knödel und Getränke) Gemeinde	2.731,10
Gesamtkosten	49.398,35
Einnahmen Sponsoring	10.400,00

Differenz GmbH 36.267,25

Die Durchführung der Hauptplatz-Eröffnung über die FKG wurde im Aufsichtsrat am 10.9.2012 beschlossen.

Einige Ausgaben im Detail:

Saleaway, Konzept, Broschüre, Postkarten, Plakate: 8.570,00

M3 Eventtechnik, Ton- und Lichttechnik Anzahlung: 5.245,00

M3 Eventtechnik, Ton- und Lichttechnik Abrechnung: 5.445,00

Saleaway, Eventkoordination: 7.680,00

Saleaway, Einladungen, Juverts, Info-Magazin: 5.968,18

Sämtliche Belege wurden zur Einsichtnahme vorgelegt.

Der Prüfungsausschuss nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

5. Verschiedene Konten:

1.212000-720100 An 4 Gemeinden und an das Marianum wurden im Jahr 2012 € 26.127,61 an Gastschulbeiträgen ausbezahlt.

1.381000-728000 Messehalle-Beitrag und Übernachtungskosten für Kult-Festival € 11.177,00

1.612000-728000 Pflastersteine sortieren am Bauhof, Vermessungen € 10.077,06.
Alle Ausgaben wurden durch Belege nachgewiesen.

Der Prüfungsausschuss nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

6. Allfälliges:

Sitzungsplan für das Jahr 2013

06.06.2013

19.09.2013

28.11.2013

Ende der Sitzung um 19.50 Uhr.

GR Anger:

kritisiert, dass sich die Agenturleistungen von saleaway verdoppelt haben und der Aufsichtsrat der FKGmbH mehrheitlich beschlossene Gesamtrahmen weit überschritten worden ist. Außerdem geht er davon aus, dass der Aufsichtsrat der FKGmbH den Auftrag nachträglich beschloss, was in seinen Augen eine Verletzung des GmbH-Vertrages darstellt. Den Bericht wird er deshalb nicht zur Kenntnis nehmen.

Der Prüfbericht über die 16. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 27.2.2013 wird **mehrheitlich** (4 Contra (GR Anger, GR Pointner, GR Winklehner, StR Atteneder), 4 Stimmenthaltungen) zur Kenntnis genommen.

ohne Vorberatung**Bestellung eines Totenbeschauers:****Dr. Werner Stütz, Zemmannstraße 31a, 4240 Freistadt****374***Bgm. Jachs:*

Abstimmung geheim, es sei denn, der Gemeinderat beschließt einstimmig eine offene Abstimmung.

*GR Miesenberger***Antrag:****Abstimmung per Handheben**

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

*Bgm. Jachs:***Antrag:**

Bestellung von Dr. Werner Stütz als Totenbeschauer für das Gemeindegebiet

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

**Freistädter Fischereiverein „Goldfisch“;
Weiterverpachtung des Pregartenteiches**

(Dringlichkeitsantrag)

375*Vbgm. Kastler:*

stellt den Pachtvertrag, der allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates per Intranet zu Verfügung stand, in Kurzform dar:

- Weiterverpachtung um weitere 9 Jahre (1.1.2014 bis 31.12.2022)
- Pacht erhöht sich jährlich um den Verbraucherpreisindex
- € 1.814,32 im Startjahr
- bestehender Pachtvertrag bleibt in der Substanz unverändert

- Inhalt unter anderem:
 - die öffentliche Nutzung des Pregartenteiches zu Wintersportzwecken, insbesondere zum Eisstockschießen und Eislaufen zu gestatten

Antrag:

Abschluss des vorliegenden Pachtvertrages mit dem Freistädter Fischereiverein „Goldfisch“

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

**Abwasserbeseitigung Bauabschnitt 21 – Ergebnis
der wasserrechtlichen Verhandlung – Abschluss von
zwei Dienstbarkeitsverträgen**

(Dringlichkeitsantrag)

376*Vbgm. Kastler:*

stellt die Dienstbarkeitsverträge, die allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates per Intranet zu Verfügung standen, in Kurzform dar:

1. Regenrückhaltebecken „Kalvarienberg“ und „Hirschstraße“:

- Dienstbarkeitsnehmer: Stadtgemeinde

- Dienstbarkeitsgeber: Braucommune Freistadt
- Gegenstand: Dienstbarkeit der Errichtung, des Bestandes, der Erhaltung und des Betriebes der Regenrückhaltebecken auf der Liegenschaft EZ 212 und die Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens über die Grundstücke Parz. 525 und 967/1 bis zu den Regenrückhaltebecken
- Dienstbarkeit ist immerwährend und seitens der Dienstbarkeitsgeberin wird auf die Zahlung einer Entschädigung verzichtet

2. Kanalpumpwerk „Fossenhof“:

- Dienstbarkeitsnehmer: Stadtgemeinde
- Dienstbarkeitsgeber: Herta Schüpany
- Gegenstand: Dienstbarkeit der Errichtung, des Bestandes, der Erhaltung und des

- Betriebes des Kanalpumpwerkes „Fossenhof“ sowie des Schaltkastens samt den erforderlichen Zu- und Ableitungen auf Grundstück Parz. 2335 in der Liegenschaft EZ 1398 und die Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens über das Grundstück Parz. 2335 bis zum Kanalpumpwerk und zum Schaltkasten
- Dienstbarkeit ist immerwährend und seitens der Dienstbarkeitsgeberin wird auf die Zahlung einer Entschädigung verzichtet

Antrag:

Abschluss der Dienstbarkeitsverträge mit der Braucommune Freistadt und mit Herta Schüpany

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Allfälliges

Vbgm Affenzeller:

Boccia-Platz etwas auffrischen

GR Kernecker:

Früher war es Usus, dass GR-Sitzungen um 23:00 Uhr enden; jetzt ist es schon weit nach

Mitternacht - wie handhaben wir die Sitzungsdauer in Zukunft?

Bgm Jachs:

bitte nächstes Mal um 23:00 Uhr daran erinnern

Ende:00.40 Uhr

Freistadt, 17. Juni 2013

.....
(Bürgermeister)

.....
(Schriftführer)

Diese Verhandlungsschrift lag vom Tage ihrer Zustellung an die Fraktionen bis zum 24. Juni 2013 während der Amtsstunden beim Stadtamt Freistadt und während der 17. Sitzung des Gemeinderates am 24. Juni 2013 zur Einsichtnahme auf. Einwendungen gegen den Inhalt dieser Verhandlungsschrift sind nicht eingebracht worden. Das ordnungsgemäße Zustandekommen wird somit bestätigt.

Freistadt,

.....
(für die ÖVP-Fraktion)

.....
(für die SPÖ-Fraktion)

.....
(für die FPÖ-Fraktion)

.....
(für die Fraktion GUT)

.....
(für die BZÖ-Fraktion)

.....
(Bürgermeister)